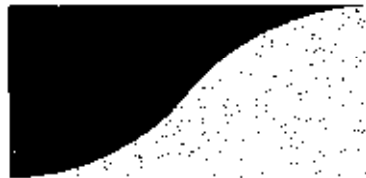


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 ppbn d



36. Jahrgang / 217

12. November 1981

Inhalt

Erhard Mahne MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, berichtet über Hilfen für Behinderte im öffentlichen Verkehr: Spezifische Gegenmaßnahmen.

Seite 1

Kurt Vogelsang MdB untersucht Möglichkeiten zur Integration ausländischer Arbeitnehmer: Familienzusammenführung in der Türkei.

Seite 3

Renate Lepsius MdB stellt fest, daß sich der Mutterschaftsurlaub bewährt hat: Mut zum Elternurlaub.

Seite 4

Buchbesprechung

Uwe Holtz MdB über Marianne Cornevin's "Apartheid, Mythos und Wirklichkeit".

Seite 6

Dokumentation

James Reston: "Amerikanische Waffen und europäische Pazifisten".

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Spezifische Gegenmaßnahmen

Behinderte Menschen im öffentlichen Verkehr

Von Erhard Mahne MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister

Mit den Erfolgen bei den Bemühungen um verbesserte Integration der Behinderten ist auch das Bedürfnis dieser Menschen nach einem größeren Aktionsradius gewachsen. Für Staat und Gesellschaft muß es eine selbstverständliche Aufgabe bleiben, den Behinderten den Weg nach draußen zu ebnen, auch wenn klar ist, daß nicht alle Hindernisse von heute auf morgen beseitigt werden können.

Der Verkehrspolitiker muß der Frage nachgehen, welche Schwierigkeiten die unterschiedlich Behinderten bei der Verkehrsteilnahme und besonders bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel haben; denn nicht nur der Rollstuhlfahrer, der immer wieder in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird, ist in seiner Mobilität gehindert, sondern auch der Blinde, der sich nicht orientieren kann, aber auch der ältere Mensch, der am Gehstock gehen muß. Jede Mobilitätsbehinderung stellt sich anders dar und fordert spezifische Gegenmaßnahmen. Diesen Aspekt gilt es zu beachten, wenn immer wieder die Forderung nach einem umfassend "behindertengerechten" Ausbau der öffentlichen Verkehrseinrichtungen erhoben wird. Diesen gibt es ebensowenig wie es den "Behinderten" gibt.

Wenn wir die behinderten-freundliche Ausgestaltung der Verkehrsanlagen und der Fahrzeuge fördern, dann heißt dies, daß wir möglichst viele unterschiedliche Mobilitätsbehinderungen berücksichtigen. Für Problemgruppen, denen damit nicht geholfen werden kann, sind andere Lösungen der Mobilitäts-sicherung zu finden.

Für die Bundesregierung steht außer Frage, daß der öffentliche Nahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Integration der Behinderten leistet. Daher berücksichtigen die Vorschriften für den Bau und den Betrieb von Bahnen und Bussen die Erfordernisse der Behinderten, der alten Menschen und der Kinder inzwischen in einem weit stärkeren Maße, als dies früher der Fall war. Die technischen Möglichkeiten, die



zum behindertenfreundlichen Bauen im öffentlichen schienegebundenen Personenverkehr, besonders im U- und S-Bahnbereich beitragen können, sind vielfältig. Von Möglichkeiten, wie schräge Ebenen, Rampen, Fahrtreppen, Fahrstiegen, Aufzügen, höhengleichen Übergängen von Bahnsteig zu Fahrzeug, wird auch zunehmend bei Neu- und Umbauten Gebrauch gemacht. Es liegt auf der Hand, daß sich behindertenfreundliche Maßnahmen bei Neuvorhaben leichter durchführen lassen als am Bestand. Mit all diesen Maßnahmen und mit der ständigen Verbesserung der Fahrzeuge im Rahmen der technischen Entwicklung können wir dem weitaus überwiegenden Teil der Behinderten die Benutzung des öffentlichen Verkehrs ermöglichen und erleichtern.

Im Übrigen muß die Mobilität durch sogenannte "Sonderfahrdienste" sichergestellt werden. Gerade der Umstand, daß viele Behinderte ihre Wohnung nicht selbständig verlassen und ihre Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels gar nicht erreichen können, sprechen für ein solches alternatives Beförderungsangebot, das mehr notwendige individuelle Hilfen bieten kann. Die Erfahrungen mit dem Telebus in Berlin zeigen, daß solche Dienste von den Rollstuhlfahrern auch akzeptiert werden.

Vieles ist sicherlich mit technischem Geschick und überlegter Organisation zu erreichen, ohne daß nennenswerte Kosten entstehen. Aber ganz ohne Geld geht es natürlich nicht. Wir wenden erhebliche Mittel auf zum Beispiel für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Nahverkehr, für die freie Mitfahrt einer ständigen Begleitung sowohl im deutschen Schienen- als auch im innerdeutschen Luftverkehr oder die Benutzung der ersten Klasse mit Fahrkarte der zweiten Klasse. Besonders wichtig aber sind die Leistungen des Bundes für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs hat der Bund allein in den Jahren 1975 bis 1980 insgesamt sieben Milliarden DM beigetragen. In den kommenden Jahren werden Jahr für Jahr weiter rund 1,3 Milliarden dazukommen.

Eine wichtige Aufgabe liegt in der besseren Verknüpfung von Nah- und Fernverkehr für die Behinderten. Deshalb ist eine gesonderte Verknüpfungsstudie vorgesehen, in deren Rahmen der Übergang zum Eisenbahnverkehr einen Schwerpunkt darstellt.

Viele Bahnsteige stammen noch aus der Gründerzeit; sie liegen zwischen 38 cm und 76 cm über Schienenoberkante, während die Fußbodenhöhe der Fahrzeuge rund ein Meter beträgt. Im internationalen Verkehr müssen sogar Bahnsteighöhen zwischen 20 cm und einem Meter bedient werden, das heißt man kann nicht überall einen ebenerdigen Zustieg ermöglichen.

Gleichwohl sind die Verantwortlichen dabei Verbesserungen vorzunehmen: Zum einen werden die Bahnsteige im Fernverkehr auf 76 cm Höhe angehoben. Im reinen S-Bahnverkehr auf eine Höhe, die niveaugleiches Einsteigen ohne Trittstufen ermöglicht. Zum zweiten erhalten alle neuen Reisezugwagen geänderte Einstiege mit einer vierten klappbaren Trittstufe, bei denen die Stufenhöhe niedriger und der Treppenwinkel flacher ausgebildet sind.

Wir hoffen, daß die vom Bundesminister für Verkehr in Auftrag gegebene Verknüpfungsstudie Hinweise auf weitere Möglichkeiten der Verbesserung gibt. (-/11.11.1981/hl/ca)

+ + +



Familienzusammenführung in der Türkei

Möglichkeiten zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern

Von Kurt Vogelsang MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nur wenn bei deutschen und ausländischen Mitbürgern der Wille zur guten Nachbarschaft vorhanden ist, wird bei uns der soziale Friede gesichert bleiben. Dies bedeutet aber auch für beide - sowohl für die Ausländer wie für die Deutschen -, daß sie sich gemeinsam um die soziale Integration bemühen müssen.

So wird diese Integration erschwert, wenn Ausländer nicht in ausreichendem Maße die Bildungsangebote des deutschen Schul- und Ausbildungswesens in Anspruch nehmen oder andererseits das Angebot nicht ausreichend ist. Hier ist guter Wille auf beiden Seiten notwendig.

Ausländer müssen auch begreifen, daß ausländische Extremisten die innenpolitischen Probleme ihrer Heimatländer nicht bei uns austragen können. Rechts- wie Linksradikale müssen erkennen, daß sie für gewaltsame Auseinandersetzungen bei der deutschen Bevölkerung kein Verständnis finden.

Um den sozialen Frieden zu sichern, muß die soziale Integration für in der Bundesrepublik lebende Ausländerfamilien weitergeführt werden. Dies wird aber angesichts von 4,6 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland nur von Erfolg sein, wenn das Nachzugsrecht von Nicht-EG-Ausländern eingeschränkt wird. Vorrangigerweise kann die Familienzusammenführung für türkische Arbeitnehmer in der dritten und vierten Generation nicht in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, sondern in der Türkei. Der Anwerbestopp muß uneingeschränkt beibehalten werden. Auch kann es keine Erweiterung der Freizügigkeit von Ausländern über die EG hinaus geben.

Mit ihrem Beschluß vom 20. Oktober 1981 zu dem Thema der Integration der Ausländer hat die SPD-Bundestagsfraktion eine entscheidende politische Aussage gemacht. Das Bundeskabinett wäre gut beraten, an diesem Beschluß nicht vorüberzugehen. Man sollte in dieser Kabinettsitzung nicht nur eine "vertiefende" Diskussion führen, sondern man sollte sich dazu durchringen, die Regelung vom 1. April 1979 jetzt wieder aufzuheben.

Im Jahre 1979 sollte den ausländischen Arbeitnehmern, die mindestens seit 1973 (Anwerbestopp) in der Bundesrepublik waren, die Möglichkeit gegeben werden, ihren Ehegatten und ihre Kinder nachziehen zu lassen. Diese Maßnahme war zu dem damaligen Zeitpunkt sicherlich richtig. Doch heute wird erkennbar, daß im Wege der Familienzusammenführung hierher gekommene Kinder sich mittlerweile in einem heiratsfähigen Alter befinden und in der Türkei sich verheiraten. Dies hat nun nicht zur Folge, daß diese Kinder die Familienzusammenführung in der Türkei suchen, sondern die Verordnung vom 1. April 1979 gibt ihnen die Möglichkeit, daß die Familienzusammenführung in der Bundesrepublik stattfindet. Dies war damals sicherlich nicht der Anlaß, zu dieser "Wartezeitregelung" zu kommen.

Es ist recht und billig, die damals getroffene Regelung jetzt aufzuheben, da sie mittlerweile Wirkungen zeigt, die nicht beabsichtigt waren.

Unsere Bemühungen um die Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger werden nur dann erfolgreich sein können, wenn wir unsere Möglichkeiten dabei nicht überschätzen.

(-/11.11.1981/ks/ca)



Mut zum Elternurlaub

Der Mutterschaftsurlaub hat sich bewährt

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion

Dem knappen Text einer Bundestagsdrucksache war in diesen Tagen zu entnehmen, daß der Bundesfinanzminister seine Einwilligung zu überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1981 erteilt hat - eine Großzügigkeit, die anscheinend schlecht in die gegenwärtige politische Landschaft und den Zwang, bei den öffentlichen Ausgaben zu sparen, hineinzupassen scheint. Worum geht es? Mehr Mutterschaftsfälle und eine wesentlich häufigere Inanspruchnahme des erst Mitte 1979 eingeführten Mutterschaftsurlaubs führen zu entsprechend höheren Haushaltsausgaben des Bundes. Oder in Zahlen ausgedrückt: 1980 nahmen 88 von 100 Arbeitnehmerinnen einen Mutterschaftsurlaub, im ersten Halbjahr 1981 waren es bereits 94. Dementsprechend sind auch die Ausgaben des Bundes gestiegen: Sie betragen in 1980 allein für den Mutterschaftsurlaub (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) 1,094 Milliarden DM, für 1981 werden sich die Ausgaben voraussichtlich auf 1,200 Milliarden DM belaufen.

Damit ist erwiesen: Der Mutterschaftsurlaub ist von den Arbeitnehmerinnen voll angenommen worden; widerlegt sind kritische Stimmen, die das Gesetzgebungsverfahren begleitet haben. Junge Mütter lassen sich weder durch Einkommenseinbußen noch durch die Tatsache vom Mutterschaftsurlaub abhalten, daß die viermonatige Freistellung von der Erwerbsarbeit nur ihnen und nicht auch den Vätern zusteht.

Dieses Resultat kann sozialdemokratische Parlamentarierinnen, die sich insbesondere für das Zustandekommen dieses wichtigen familienpolitischen Gesetzes engagiert haben, sicherlich mit Stolz erfüllen - und sie gleichzeitig veranlassen, nach politischen Ansätzen zu suchen, das Erreichte weiter auszubauen. Wir erinnern uns, Adoptiveltern und Väter sind gegenwärtig vom Mutterschaftsurlaub ausgenommen, und eine Mutter kann nur bis zum 6. Lebensmonat ihres Kindes von der Erwerbstätigkeit freigestellt werden.

Hieran knüpft die Aussage im Wahlprogramm der Sozialdemokraten an: "Über den bereits eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaub hinaus will die SPD einen Anspruch auf Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie schaffen, der Müttern und Vätern zugute kommen wird."

Auch - oder vielleicht gerade - in einer schwierigen Haushalts- und Arbeitsmarktsituation - sollten wir uns nicht scheuen, über diese Programmaussage weiter nachzudenken und Formen einer Beurlaubung von Müttern oder Vätern zu entwickeln, die ihnen die späte-



re Rückkehr in das Arbeitsleben ermöglichen. Dies könnte etwa in der Weise geschehen, daß die Mutter oder der Vater für weitere sechs oder 12 Monate von der Erwerbsarbeit freigestellt wird, um sich ganz oder überwiegend der Kinderbetreuung widmen zu können.

Ein solcher Langzeiturlaub bringt zweifellos auch organisatorische Schwierigkeiten für Arbeitgeber mit sich. Am ehesten zu bewältigen sind diese Probleme dort, wo der Arbeitseinsatz flexibel gehandhabt werden kann; im allgemeinen sind dies die größeren Betriebe. Dagegen dürften die Arbeitsausfälle, die durch einen solchen Elternurlaub entstehen, im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich mit nur geringen Beschäftigungszahlen, praktisch schwer zu bewältigen sein. Dies soll keineswegs verkannt werden, darf uns andererseits aber nicht davon abhalten, auch zeitlich gestaffelte Formen eines Elternurlaubs mit in unsere Überlegungen einzubeziehen.

Ein weiteres Problem: Muß ein sechs- oder zwölfmonatiger Elternurlaub mit einer Arbeitsplatzgarantie gekoppelt werden? Wie sicher wäre dagegen ein Arbeitsplatz, wenn der beurlaubte Vater oder die beurlaubte Mutter lediglich die verbindliche Zusicherung erhält, im bisherigen Betrieb bevorzugt wieder eingestellt zu werden? Und dies sind keinesfalls die einzigen, offenen Fragen, die sich Politikern stellen, die über die Verwirklichung eines Elternurlaubs ernsthaft nachdenken. Über einen Punkt allerdings sollten wir keine Illusionen aufkommen lassen: Einen bezahlten Elternurlaub kann es auf längere Sicht hin nicht geben. Von daher muß sehr sorgfältig geprüft werden, welche Eltern einen unbezahlten Urlaub in Anspruch nehmen würden, um welche Berufe es sich handelt und welchen Einkommensgruppen sie zuzurechnen sind.

Die Befürworter/innen eines solchen Elternurlaubs möchten keine Mißverständnisse aufkommen lassen: Eine solche Maßnahme verträgt sich durchaus mit dem Konzept eines Sparhaushaltes, enthält zudem beschäftigungspolitische Aspekte und - dies dürfte sicherlich manchen überraschen - liefert auch einen positiven Beitrag dazu, gerade die Kernbestandteile des sozialen Netzes zu sichern. Dies bedarf zumindest bei Uneingeweihten der näheren Erläuterung. Bei Müttern, die ihre Erwerbsbeschäftigung aus familiären Gründen unterbrechen oder sogar gänzlich abbrechen, ist dies freilich nichts Neues. Unmittelbar nachdem sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden, nehmen sie zunächst als finanzielle Überbrückung "legal" ein Arbeitslosengeld mit, je nach dem regionalen Standort und der Art des erlernten beziehungsweise zuletzt ausgeübten Berufs bis zu längstens einem Jahr.

Aus der Sicht einer Mutter mit Kleinkind ist es nur verständlich, daß sie sich ganz den familiären Aufgaben widmen will, wenn der Mutterschaftsurlaub abgelaufen ist. Gesellschaftlich ist es weder zu billigen noch zu verantworten - und leider auch nicht zu finanzieren: Den Mutterschaftsurlaub auf diese Weise zu verlängern, "etwas außerhalb der Legalität" über das Arbeitsförderungsgesetz.

Wenn schmale Haushaltsbudgets alle Politiker verpflichten, jene Leistungen zu unterbinden, die von den nicht eigentlich Leistungsberechtigten in Anspruch genommen werden, dann darf auch das beschriebene AfG-Mutterschaftsurlaubsgeld nicht länger ein Tabu sein.

Eine ehrliche Sozialpolitik muß den Mut aufbringen, die Quasi-Arbeitslosigkeit junger Mütter in einen Elternurlaub umzuwandeln. Angesichts leerer Haushaltskassen nutzen wir diese Aspekte, um in der Familienpolitik neue Impulse zu geben und auch weiterhin programmatische Aussagen zu verwirklichen suchen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der AG Frauenpolitik, die sich engagiert haben bei der politischen Durchsetzung des Mutterschaftsurlaubs, peilen jetzt ein neues Ziel an: Elternurlaub - trotz oder gerade wegen der zu beschließenden Arbeitsförderungs-Konsolidierungsmaßnahmen! Leere Kassen können durchaus die Phantasie beflügeln!

(-/12.11.1981/hi/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Marianne Cornevin, "Apartheid, Mythos und Wirklichkeit", Hammer-Verlag, ca. 200 Seiten, 12,80 DM.

Die Hautfarbe bestimmt das Lebensschicksal

In vielen Ländern der Erde werden täglich die Menschenrechte mit Füßen getreten, so auch in Südafrika. Dennoch ist die Situation in Südafrika einzigartig: In keinem anderen Land der Erde beginnt die Diskriminierung schon mit der Geburt. Allein die Hautfarbe des Neugeborenen entscheidet über sein weiteres Schicksal.

Je dunkler die Hautfarbe desto düsterer die Zukunft - diese bittere Erfahrung machen die 25 Millionen Schwarze. Den fünf Millionen Weißen dagegen eröffnen sich alle Chancen einer Herrenrasse. Trotz einiger Retuschen bleibt Südafrika ein Land, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht nur von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen, sondern in nahezu allen Bereichen des Landes benachteiligt ist.

Nach wie vor kann von Chancengleichheit keine Rede sein, keine Rede von sozialer Gleichstellung oder gar politischer Beteiligung. Für die Erziehung eines weißen Kindes wendet der Staat jährlich neun Mal so viel Geld auf wie für ein schwarzes. Bei gleicher Arbeit verdienen Schwarze weniger als ihre weißen Kollegen. 1980 war das Durchschnittseinkommen eines weißen Haushaltes vier Mal so hoch wie das eines schwarzen. Ein Schwarzer mit einem oder mehreren Kindern zahlt höhere Steuern als ein Weißer unter gleichen Voraussetzungen. Für Weiße gibt es, anders als für die Nicht-Weißen, keine Wohnungsprobleme. Die Vorteile, weiß zu sein, sind also offensichtlich. "Wußten Sie", wurde auf einem Flugblatt der "Nationalen Partei" im Wahlkampfjahr 1981 gefragt, "daß Weiße 1,7 Millionen Autos besitzen und alle anderen Bevölkerungsgruppen nur 366.553?"

Nicht-Weiße haben kein Anrecht darauf, daß ihnen gegenüber die Menschenrechte eingehalten werden. Selbst die Ausübung des demokratischen Grundrechts der Wahl zeigt, daß in Südafrika Demokratie ein Vorrecht der Minderheit ist. Die Wahlen von Ende April 1981 waren Wahlen in der Rassendiktatur; denn nur die Weißen waren stimmberechtigt. Die Mehrheit, mehr als 80 Prozent der Bevölkerung, blieb ausgeschlossen. Knapp 2,3 Millionen wahlberechtigte weiße Südafrikaner waren aufgerufen, das Parlament zu wählen. Die seit 1948 alleinregierende rassistische "Nationale Partei" eroberte 131 der 165 Mandate. 26 Sitze gingen an die reformbereite "Progressive Föderale Partei"; die ebenfalls oppositionelle "Neue Republikanische Partei" kam auf acht Sitze. Die rechtsextreme rassistische "Wiederhergestellte Nationale Partei" der harten kompromißlosen Büren konnte ihren Stimmanteil vervierfachen. Wegen des Mehrheitswahlrechts zogen sie zwar nicht ins Parlament, aber 14 Prozent votierten für diese Partei, die sich gegen jedes Zugeständnis an die schwarze Mehrheit stemmt. Dieses Wahlergebnis bedeutet nichts Gutes für die Zukunft des Landes und für die Region des südlichen Afrika:

Bislang hat das Rassistenregime in Südafrika angesichts internationaler Kritik weder seine Politik überprüft noch diese Kritik zum Anlaß genommen, der schwarzen Mehrheit einen effektiven politischen Einfluß zuzugestehen. Stattdessen nimmt die Regierung Zuflucht zu Verfolgung, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, politischer Haft, zu Exekutionen und zur Verhängung von Bannsprüchen, um eine wirksame schwarze politische Opposition zu unterdrücken.



Als Rechtfertigung für eine solche menschenunwürdige Politik und für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des weißen Mannes muß die Ideologie der Apartheid erhalten. Apartheid bedeutet die umfassende - nicht nur politische - Entrechtung und wirtschaftliche Ausbeutung der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheiten in allen Lebensbereichen. Apartheid heißt also systematische Benachteiligung und Unterdrückung, und zwar entlang der Rassengrenze. Die weiße Minderheit in der Republik Südafrika ist weniger denn je bereit, freiwillig auf ihr Unrechtsregime zu verzichten, das die politische Basis für ihre Privilegien gegenüber der Bevölkerungsmehrheit darstellt. Dies zeigt sich nicht nur in der immer skrupelloseren Außenpolitik der südafrikanischen Regierung, sondern auch in der wachsenden Repression und der Mißachtung der Menschenrechte im Innern. Gegen Andersdenkende wird rigoros vorgegangen. Die weiße Bevölkerung wird von dem Apartheidregime nicht auf die für eine friedliche Koexistenz der mehrrassigen Bewohner Südafrikas erforderliche Teilung der Macht mit der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit vorbereitet.

Die wirtschaftliche-politische Situation der letzten Jahre ist vor allem gekennzeichnet durch die von der südafrikanischen Regierung forciert betriebene Politik der "getrennten Entwicklung", die darauf hinausläuft, eine möglichst große Zahl von Schwarzen in "Heimatländern" anzusiedeln, wo sie die Staatsbürgerschaft der südafrikanischen Union und damit jegliches Recht verlieren. Der südafrikanischen Wirtschaft sollen sie jedoch weiterhin in der Form von Wanderarbeitern zur Verfügung stehen. Südafrika soll so zu einem "weißen" Staat werden, von schwarzen Satelliten umgeben.

Der Widerstand gegen ein solches Regime muß von den Unterdrückten selbst geleistet werden. Außenstehende können den Widerstand der Schwarzen unterstützen, indem sie mit dazu beitragen, die Stützpfeiler des Apartheidsystems zum Einbruch zu bringen. Die Mobilisierung öffentlichen Bewußtseins in der westlichen Welt ist ein wichtiges Instrument im Kampf um die Beseitigung menschenrechtswidriger Verhältnisse. Dazu vermag die Studie von Marianne Cornevin über die Apartheid einen wichtigen Beitrag zu leisten. Die Veröffentlichung in deutscher Sprache ist gerade deshalb so wichtig, weil die Bundesrepublik Deutschland zu den bevorzugten Handels- und Wirtschaftspartnern der Republik Südafrika gehört.

Das vorliegende Werk, das erstmals von der UNESCO 1979 in Paris veröffentlicht wurde, deckt die falschen historischen Prämissen auf, mit denen die Ideologie der Apartheid gerechtfertigt wird.

Eine wesentliche soziale Funktion von Geschichtsschreibung ist die Abwehr von Legenden und manipulativer Erinnerung, von für bestimmte Zwecke instrumentalisierten Geschichtsbildern. Diesem Ziel wird die Verfasserin gerecht. Sorgsam belegt, zerstört sie die verschiedenen Mythen, auf denen die Apartheid basiert, wie zum Beispiel: Schwarze und Weiße seien gleichzeitig in Südafrika angekommen, die Führer der Schwarzen hätten sich als blutrünstige Despoten in die Geschichte eingeschrieben, die "Voortrekkers" wären in unbewohnte Regionen vorgerückt, die politischen Ideen der Schwarzen seien immer von den Weißen inspiriert gewesen, die "Homelands" entsprächen den von jeder schwarzen Nation in der Vergangenheit besetzten Gebieten.

Marianne Cornevin trägt einmal mit ihrer Arbeit zur Rückeroberung der schwarzen Identität bei. Sie beweist, daß die Geschichte Südafrikas lange vor der weißen Kolonisation begonnen hat und daß sie sowohl von Schwarzen als von Weißen gemacht worden ist. Sie macht zum anderen aber auch deutlich, von welcher menschenverachtenden Qualität Apartheid ist und welche ernsthafte Herausforderung ein solches Regime darstellt.

Die Situation im südlichen Afrika verlangt die Übernahme von Verantwortung dafür, daß der Prozeß der Befreiung nicht aufgeschoben wird.

Dr. Uwe Holtz MdB
(-/12.11.1981/ks/ca)

(Dieser Text ist als Vorwort im Buch Marianne Cornevins erschienen).

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Dokumentation

In der International Herald Tribune vom 5. November 1981 ist der folgende Artikel von James Reston erschienen, den wir wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung hier wiedergeben.

Amerikanische Waffen und europäische Pazifisten

Washington - In den letzten Wochen gab es in Europa massive Demonstrationen gegen die Aufstellung von nuklearen Waffen der USA in Europa als Gegengewicht zu den sowjetischen SS 20-Raketen, die mittlerweile auf alle westeuropäischen Hauptstädte gerichtet sind. Nach pessimistischer Auffassung sind diese Demonstrationen eine Neuauflage der neutralistischen und pazifistischen Stimmung der dreißiger Jahre, einer Stimmung, die zeitweise zu einer Lähmung des Westens beitrug und Hitler ermutigte, den Zweiten Weltkrieg zu beginnen. Nach optimistischer, von der Reagan-Administration vertretener Auffassung handelt es sich nur um eine ärgerliche, aber vorübergehende Episode, die von jungen Leuten organisiert und von den Kommunisten ermuntert wird, um das westliche Bündnis zu spalten, der sich aber die verbündeten Regierungen widersetzen.

Es ist zu vermuten, daß es sich bei den Demonstrationen um eine komplizierte Sache handelt. Sie werden nicht nur von den Kommunisten getragen, sondern auch von den Kirchen; nicht nur von jungen Leuten, sondern auch von alten Menschen, die sich an die beiden Weltkriege erinnern können; nicht nur von der Sehnsucht nach Frieden, sondern auch von der elementaren Angst, daß unkontrollierte Atomwaffen heutzutage die Menschheit bedrohen und zu gefährlich sind, als daß sie Spielzeug nationaler Politik sein dürften.

Zum Teil selbst verantwortlich

Die Reagan-Administration beklagt die Demonstrationen gegen ihre Nuklearpolitik in Europa, ist aber selbst zu einem Teil dafür verantwortlich. Seit ihrem Einzug ins Weiße Haus betont sie militärische Lösungen politischer Probleme - von El Salvador über Ägypten, Israel und Saudi Arabien bis Pakistan und Japan.

Die Reagan-Administration hat Gründe dafür: Das weltpolitische militärische Schwergewicht verlagere sich von Washington nach Moskau. Sie machte daher geltend, 50 Milliarden Dollar müßten den sozialen Dienstleistungen entzogen und dem Pentagon übertragen werden; Haushalt und Steuern des Bundes müßten gekürzt werden, um das Sparen, die Investitionen, die Produktion und die Arbeitsplätze zu fördern.

Diese Annahmen sind jetzt offensichtlich zweifelhaft geworden. Die Administration redet nicht mehr über Steuerermäßigung, sondern über Steuererhöhungen von 60 Milliarden Dollar in den nächsten drei Jahren. Der Finanzminister räumt ein, daß ein "ausgeglichener Haushalt" bis 1984 nicht mehr "wahrscheinlich" ist, und der Präsident selbst hat gesagt, daß die Nation sich in einer wirtschaftlichen "Rezession" befindet.

Dementsprechend hat der Präsident im eigenen Land wirtschaftliche Probleme und noch größere außenpolitische Schwierigkeiten. Da in seinem Denken militärische Kategorien und das freie Unternehmertum Vorrang haben, verlangt er, jedermann solle die Rüstungsausgaben steigern, und verbreitet hochentwickelte Waffen in der ganzen Welt, während er gleichzeitig die wirtschaftliche Auslandshilfe unter das dem Bruttosozialprodukt der meisten Industriestaaten entsprechende Niveau senkt. Außerdem fordert er die armen Nationen auf, sich auf das freie Unternehmertum zu verlassen und sich an den eigenen Schuhriemen hochzuziehen, ungeachtet der Tatsache, daß sie weder Schuhe noch Schuhriemen haben.

Es ist infolgedessen kein Wunder, daß auf den Straßen Berlins, Bonns, Roms und anderer europäischer Staaten gegen das militaristische Auftrumpfen mit Atomwaffen in der Außenpolitik der USA demonstriert wird, und wenn Reagan nicht aufpaßt, kann es sehr wohl



auch Demonstrationen auf unseren Straßen gegen die Auswirkungen seiner Wirtschaftspolitik geben.

Eine potentielle Krise steht ins Haus, weil Europa die öffentliche Meinung der USA falsch beurteilt, wie umgekehrt die Reagan-Administration die öffentliche Meinung Europas falsch einschätzt.

Europa driftet in Richtung Neutralismus und Isolation in der Annahme, es könne die militärische Auseinandersetzung Washington und Moskau überlassen. Aber Amerika, das seit mehr als zwei Generationen eine Armee in Europa stationiert hat, wird sich die Demonstrationen gegen seine Hilfe kaum gefallen lassen, ohne zu seinen eigenen nationalistischen und isolationistischen Instinkten zurückzukehren, die unter der Oberfläche seines Denkens ständig vorhanden sind.

Die Reagan-Administration hat bisher kein Gespür für diese Grundströmungen der öffentlichen Meinung beider Kontinente. Sie kam nach Washington in der Überzeugung, nach der Niederlage in Vietnam und der Schande von Watergate seien die Nation und das Bündnis schlapp geworden und müßten wieder Form gewinnen, um sich der Herausforderung draußen durch die Sowjetmacht und drinnen durch die Korruption als Folge des Wohlfahrtsstaates zu stellen.

Vergifteter Sieg

Reagan war sehr kühn und in gewisser Weise erfolgreich. Er brachte seinen Haushalt durch den Kongreß - allerdings mit dem Ergebnis, daß seine Haushaltskürzungen und Steuerermäßigungen seine Rüstungsausgaben nicht aufwiegen. Er gewann die Schlacht um AWACS im Kongreß, was ihm ermöglichte, hochentwickelte Rüstungsgüter nach Saudi Arabien zu liefern - aber jeder "Sieg" scheint ein Tropfen Gift zu hinterlassen.

Es gelang der Reagan-Mannschaft auf spektakuläre Weise, Stimmen für das AWACS-Geschäft zu bekommen, und schließlich hatte sie gewonnen. Allerdings mußte sie zu diesem Zweck alle Geldspender zu Senator Lloyd Bentsen aus Texas rufen in der Hoffnung, ihn umzustimmen. Aber er ließ sich nicht umstimmen und wird die Pression wahrscheinlich nicht vergessen.

Nun feiert die Reagan-Administration ihren "Sieg" in dem AWACS-Geschäft, aber die Probleme bestehen offensichtlich weiter. Die Administration erringt Augenblickserfolge, aber sie verliert das Vertrauen des Kongresses, des Landes und der Welt, besonderes in der Frage der Atomwaffen.

Der Präsident mag sich hervorragend auf Kommunikation verstehen, aber die Kommunikation, die von ihm ausgeht, ist in der Hauptsache die einer militärischen Konfrontation mit den Russen, und das ist es, was die Opposition in Europa auf die Straßen bringt.

(-/12.11.1981/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

